

*original*P r o t o k o l l

der Sitzung vom 29. Juni 1979, 09.00 Uhr, in Bern, Konferenz-  
zimmer des Bundesamtes für Polizeiwesen, mit der Schweizerischen  
Zentralstelle für Flüchtlingshilfe und den Hilfswerken betref-  
fend Aufnahme weiterer Flüchtlinge aus Indochina

---

Vorsitz: Herr Dr. O. Schürch, Direktor des  
Bundesamtes für Polizeiwesen

Anwesend: Herr Direktor F. Kissling, Caritas  
Herr Dominic Capeder, Caritas  
Herr Bruno Strebel, Caritas  
Herr Pfarrer H. Schaffert, HEKS  
Herr W. Alder, HEKS  
Fräulein R. Oettiker, HEKS  
Herr K. Aeschbach, SAG  
Herr M. Cunz, SAH  
Frau S. Plüss, SOF  
Frau C. Aldenhoven, SOF  
Herr A. Wenger, SRK  
Fräulein R. Kohler, SRK  
Herr Dr. R. Grob, CFD  
Herr P. Schütz, CFD  
Herr A. Dreyfus, VSJF  
Frau E. Zweig, VSJF  
Herr H. Wernli, Service régional, Lausanne  
Herr D. Péclard, Service régional, Genève  
Herr Dr. F. Hirt, SFH  
Herr H. Haab, SFH  
Herr Dr. med. C. Fleury, BAG  
Frau Dr. med. S. Roos, BAG  
Herr R. Perrin, BAG  
Herr Ph. Chapatte, BAP  
Herr R. Ferrier, BAP  
Herr J. Gemperli, BAP  
Herr U. Hadorn, BAP  
Frau I. Horejs-Mombelli (Protokoll)

Die Traktandenliste wurde allen Teilnehmern vor Beginn der  
Sitzung ausgeteilt.

Herr Dr. Schürch begrüsst die anwesenden Damen und Herren und dankt, dass sie sich herbemüht haben. Solche Sitzungen tagen in der Regel unter dem Vorsitz des Präsidenten der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe in Zürich. Besonderen Gruss richtet der Sprechende aus von Herrn Bundesrat Furgler, der leider schon vor neun Uhr an eine vor langer Zeit in der Ostschweiz festgesetzte Sitzung mit Regierungsvertretern verreisen musste. Er hat mich gebeten, sein Bedauern auszudrücken, dass er nicht persönlich anwesend sein kann, da ihm die Probleme der heutigen Sitzung ausserordentlich am Herzen liegen. Wir haben die Zentralstelle und die Hilfswerke einzeln eingeladen und ebenfalls das Bundesamt für Gesundheitswesen um seine Mitwirkung gebeten, weil wichtige sanitärische Probleme mit der Aufnahme der Flüchtlinge verbunden sind. Wir hatten uns auch gefragt, ob auch Vertreter von HCR und CIME eingeladen werden sollen, haben aber schliesslich davon abgesehen, da wir mit ihnen in ständigem Kontakt stehen. Es ist vorgesehen, die Sitzung bis mittags zu beenden. Weiter stellt sich die Frage der Presseorientierung. Es scheint, dass das Interesse in der Presse etwas wider Erwarten gross ist für das, was wir hier besprechen, obschon wir keine grossen Entscheidungen fällen können, da der Rahmen ja durch den Bundesrat gegeben ist. Ich nehme zur Kenntnis, dass die Herren Pfarrer Schaffert und Direktor Kissling einverstanden sind, mit mir zusammen nach Schluss der Sitzung der Presse Auskunft zu geben. Der Pressechef des EJPD wird den Zeitpunkt vereinbaren.

Meine Damen und Herren, jedesmal wenn sich Flüchtlingsnot in einem andern Lande stellt, ist die Frage, ob die Schweiz mitmachen kann und wie gross die Zahl der Flüchtlinge sein soll, die sie aufnimmt. Meistens bestimmt der Bundesrat die Aktion mit einer Anzahl der aufzunehmenden Flüchtlinge; bei solchen Zahlen handelt es sich nicht um Höchstzahlen. Dies wird in der Oeffentlichkeit meist falsch verstanden. Ich erinnere an

die Aufnahme der Flüchtlinge aus Tibet, Uganda, Ungarn, CSSR und Chile. Hier hat ein Vertreter des Bundes 200 Menschen geholt und diese wurden dann hier integriert. Es war nicht die Meinung, dass es bei diesen 200 bleiben sollte; heute sind bereits 1'500 Personen hier. Wenn der Bundesrat wiederum solche Richtzahlen aufgestellt hat, so bedeutet das nicht - wenn er sagt 1979 1'000 und 1980 wiederum 1'000 Personen - dass insgesamt 2'000 Personen aufgenommen werden, sondern das waren Richtzahlen, ganz abgesehen von Familienzusammenführungen, die in diesen Zahlen nicht inbegriffen sind, ganz einfach, weil man nicht weiss, wie viele Personen nachgezogen werden müssen. Der Bundesrat hat auch nicht erklärt, es können nur noch 365 Personen aufgenommen werden, um das "Kontingent" vollzubringen, sondern er war auch der Meinung, dass der Notsituation und den Möglichkeiten der Aufnahme und der Integration entsprechend die Aufnahmen gestaffelt werden können, d.h. dass die für 1980 vorgesehenen Personen auch schon dieses Jahr aufgenommen werden könnten. Nun hat sich diese Situation eingestellt, dass möglicherweise die Sachlage eine raschere Aufnahme erfordern würde. Das Elend in Südostasien ist riesengross, die Situation ist sehr kritisch und dramatisch. Andererseits scheinen die Hilfswerke - darüber werden wir noch sprechen - in der Lage zu sein, grössere Gruppen schon jetzt aufzunehmen, zwei bis drei Monate vorzubereiten, und dann zu integrieren. Mit der Aktion der Glückskette wurde die Anteilnahme in der Bevölkerung geweckt, die bereit ist, mitzutragen. Man hört bestimmt auch andere Stimmen, aber der Grossteil steht hinter der Aktion des Bundesrates. Wir sollten diskutieren, ob die 1'350 Personen nicht in einem raschen Rhythmus in die Schweiz gebracht werden könnten. Dann wäre der Bundesrat offen, in einem späteren Zeitpunkt die Lage neu zu prüfen und eventuell weitere Gruppen aufzunehmen. Da hängt davon ab, wie sich die Lage in Südostasien entwickelt. Wir haben in der Presse gelesen, dass Vorschläge gefallen sind, Feuerwehraktionen zu machen und auf

einmal 10'000 Personen aufzunehmen und in Kollektivunterkünften unterzubringen, bis dass der grösste Teil dann weiterreisen könnte. Ich betrachte das als falsch; die Schweiz ist nicht Transitstaat. Wenn Flüchtlinge aufgenommen werden, dann wollen wir damit rechnen, dass sie dauernd bleiben und wir wollen sie behalten und menschenwürdig in unserer Gesellschaft integrieren. Das ist ein Punkt, den ich als sehr wichtig betrachte. Wir dürfen nicht einseitig nur Zahlen im Auge behalten, sondern wir wollen möglichst vielen gut helfen. Es ist nicht dasselbe, ob Flüchtlinge in Malaysia oder in der Schweiz in Massenlagern untergebracht werden. Hier in der Schweiz können sie nicht in Massenlagern warten, bis zur Integration. Das würde der Sache nicht wohl anstehen. Ich halte nochmals fest, der Bundesrat und besonders Herr Bundesrat Furgler hat sich mit der Zahl von 1'350 nicht festgelegt; das ist bloss eine Richtzahl. Wir sind bereit, mit Ihnen in engster Zusammenarbeit die Frage zu lösen. Das Problem ist weltweit und kann nicht von einem kleinen Land wie die Schweiz entscheidend beeinflusst werden.

Damit möchte ich die Sitzung eröffnen, und Sie bitten, kurz zur Grundfrage zu sprechen. Wie wollen wir jetzt vorgehen aufgrund der bisherigen Beschlüsse des Bundesrates? Ich würde gerne von Ihnen hören, ob Sie das Vorziehen der für 1980 vorgesehenen Flüchtlinge ins Jahr 1979 als richtig, zweckmässig und gangbar ansehen.

Herr Pfarrer Schaffert stellt die Frage, was der Bund auf aussenpolitischem Gebiet zu unternehmen gedenke, ob an Ort und Stelle im ostasiatischen Raum Flüchtlingsschutzonen geschaffen werden und welche Schritte geplant sind und unternommen werden sollen in Bezug auf die flüchtlingsproduzierenden Länder.

Dr. Schürch: Dafür ist nicht meine Abteilung, sondern das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten und der

Bundesrat zuständig. Der Bundesrat wird in der nächsten Zeit beschliessen, welchen finanziellen Beitrag er als Aktion ausserhalb unseres Landes aufbringen wird. Es geht um einen massiven Zusatzbeitrag an das HCR. Der Bundesrat hat ferner positiv zur Frage der internationalen Konferenz Stellung genommen, die voraussichtlich am 20./21. Juli 1979 stattfinden wird. Dass die Schweiz keinen grossen Einfluss darauf hat, ist klar. Wir haben alles Interesse, dass das HCR und das IKRK (Internationales Rotes Kreuz) teilnimmt. Der Bundesrat ist der Meinung, dass das möglichste getan werden sollte, um den Menschen im Lande selbst zu helfen, z.B. Schutzzone etc.

Herr Direktor Kissling: Die Möglichkeit der Hilfe im südostasiatischen Raum ist nicht sehr gross. Andererseits ist die Verpflanzung der Flüchtlinge in die Schweiz nur die drittbeste Lösung. Von der internationalen Konferenz erwartet der Sprechende nicht viel, höchstens Mehraufnahmen von Flüchtlingen durch westliche Länder. Der Beschluss, 1979 noch 350 Flüchtlinge aufzunehmen, sei ein unglücklicher gewesen. Die Presse habe ihn denn auch falsch verstanden und habe interpretiert mit heute 1'000 Personen neu aufnehmen. Wir sind am Ende dazu gekommen, noch 1979 1'300 Menschen aufzunehmen; das lässt sich machen. Die Zentren und die Betreuer stehen zur Verfügung. Es wurde gesagt, es hänge von den Flüchtlingshilfswerken ab, in welchem Rhythmus die Flüchtlinge aufgenommen werden können. Von der Caritas aus liesse sich bis 1980 bis 5'000 Flüchtlinge total aufnehmen, d.h. für die Caritas allein 2'500 bis 3'000. Wir können in der Öffentlichkeit nichts anderes sagen, wenn es heisst, die Grenze liege bei den Hilfswerken. Es lassen sich in drei Monaten gut 800 Leute aufnehmen, ohne Campsituationen zu schaffen; vorgesehen sind Zentren mit ca. 200 Personen, aufgeteilt in Gruppen von 75 bis 100 Personen.

Herr Wenger: Wir wären bereit, uns im Sinne eines solidarischen Verhaltens mit den übrigen Hilfswerken um eine grössere Gruppe zu kümmern und sind daran, die Möglichkeiten der Sektionen in Erfahrung zu bringen. Mit höchster Wahrscheinlichkeit kommt frühestens September 1979 in Frage mit einer Wunschzahl von 200 Personen. Ich kann Ihnen heute diese Zusicherung noch nicht geben, bin aber zuversichtlich, dass wir Sie nicht im Stiche lassen müssen. Im übrigen schliesse ich mich der Auffassung von Direktor Kissling an und glaube auch, dass es noch mehr Hilfsmöglichkeiten an Ort und Stelle gäbe; es gibt nicht nur die Lösung einer Aufnahme der Flüchtlinge in der Schweiz. An einer Zusammenkunft in Gwatt mit Schwesterngesellschaften aus dem südostasiatischen Raum kam zum Ausdruck, dass die Behörden von Malaysia ohne Zweifel Flüchtlinge aufs Meer zurückgeschickt haben. Hilfsorganisationen (Rotes Kreuz, Türkischer Halbmond) gegenüber sei erklärt worden, diese Drohung sei nicht ganz zum Nennwert zu nehmen, man wolle nur ein drastisches Exempel statuieren. Durch das Rote Kreuz wurde ein Aufruf erlassen an Länder, die mit Flüchtlingen zu tun haben.

Herr Dr. Grob: CFD und SAH sind sich einig geworden, zusammen von den 1'350 Personen zwei Gruppen zu 80, also total 160 Personen zu übernehmen. Bei den weiteren durch die Caritas vorgeschlagenen Aufnahmen würden wir irgendwie mithelfen, können heute aber noch nichts konkretes angeben.

Herr Aeschbacher: Unsere Möglichkeiten als kleines Hilfswerk sind beschränkt. Wir stellen unser Heim in Trogen als Aufnahmebasis zur Verfügung und denken an eine Gruppe von 80 Flüchtlingen im Herbst und an eine gleichgrosse im Frühling 1980. Ob die Betreuung durch das SAH zugesichert werden kann, hängt ab von der Finanzierung. Ist der Bund bereit, über die in den heute geltenden Richtlinien zugesicherten 90 % hinauszugehen? Unsere Möglichkeiten sind wesentlich davon abhängig, ob wir über diese 90 % hinaus Deckung erhalten. Aus eigenen Mitteln können wir kein Engagement eingehen. Wir fragen uns auch, ob

bei weiteren Angeboten der andern Hilfswerke nicht die öffentliche Hand, z.B. die Kantone, eingeschaltet werden sollten. Das SAH möchte sich eine Handlungsfreiheit bewahren gegenüber andern Flüchtlingsgruppen, z.B. Gefangenen aus Argentinien.

Herr Direktor Schürch: Es wird immer wieder gesagt, es soll nicht nur vom Geld abhängen. Die Aufnahme von 10'000 Flüchtlingen würde z.B. 100 Millionen Franken kosten. Wir haben uns die Frage der Finanzierung auch gestellt. Meines Wissens sollen die Einnahmen der Glückskette zu zwei Drittel im Ausland und zu einem Drittel im Inland verwendet werden. Eventuell haben die Hilfswerke Einfluss auf die Verteilung der Gelder.

Herr Pfarrer Schaffert: Von den 1'350 Menschen würde das HEKS ungefähr 400 übernehmen. Was die Bevölkerung mit gutem Willen zu leisten bereit ist, ist beeindruckend, aber in einigen Monaten wird eine Durststrecke kommen. Es ist daher wichtig, dass wir gute Arbeit leisten. Betreffend Finanzierung denke ich, dass der Bund ein Hilfswerk nicht einfach fallen liesse, wenn es finanziell überfordert wäre. Auch unter den Hilfswerken wird die Solidarität spielen; Caritas und HEKS haben z.B. grössere Infrastruktur. Die Diskussion über die Verteilung der Gelder der Glückskette ist noch verfrüht.

Herr Dreyfus: Wie bereits gesagt wurde, ist das Problem weltweit. Drei Promille der schweizerischen Bevölkerung sind Juden; wir können also nicht sehr viel tun, d.h. prozentual kämen wir auf 15 Flüchtlinge, was dann überhaupt kein Problem mehr wäre. Selbstverständlich wollen und müssen wir mithelfen, weil wir vielleicht mehr als die übrige Bevölkerung sensibilisiert sind durch das, was wir bereits erlebten. Kleine Hilfswerke sollten sich personell zusammenschliessen und eine Agentur machen für indochinesische Flüchtlinge, damit sie die eigenen Verbindlichkeiten trotzdem erfüllen können.

Frau Plüss schliesst sich den Ausführungen von Herrn Dreyfus an. Das SOF will mit andern Hilfswerken zusammenarbeiten. Das Hilfswerk möchte sich vergrössern und hofft auf finanzielle Hilfe. Die Sprechende erklärt sich bereit, 50 bis 80 Flüchtlinge im Jahr 1979 zu übernehmen. Für 1980 bestehen keine konkreten Pläne.

Herr Direktor Kissling: Die Zahl der Flüchtlinge, die aufgenommen werden können, spielt keine untergeordnete Rolle. Wir müssen für diese Aktion eine parallele Infrastruktur aufbauen und ein spezielles Konto führen. Wir müssen wissen, wie lange wir ein Zentrum halten können und müssen Integration anstreben ohne Bruch.

Der Vorsitzende hält fest: Caritas nimmt bis Ende 1979 800 Flüchtlinge auf, HEKS 400, CFD/SAH/SOF/VSJF 150, Rotes Kreuz eventuell 200. Damit wäre die vorgesehene Anzahl bereits im Jahre 1979 aufgenommen. Es müssen Kollektivunterkünfte geschaffen werden, wo die Leute zwei bis drei Monate zusammen untergebracht werden. Die erste Gruppe soll in drei bis vier Wochen eintreffen.

Herr Direktor Kissling: Die Caritas ist ab Mitte Juli 1979 für Aufnahmen bereit. Der Sprechende skizziert ein Modell. Errichtung von sogenannten "Parkplätzen" in Thailand und Malaysia, wo die Flüchtlinge in einem Schub für die Weiterreise bestimmt, betreut und nach Absprache in die Schweiz in die inzwischen vorbereiteten Zentren gebracht werden. 80 bis 90 Personen pro Zentrum bedeutet Optimum. Es müssen für dieses Jahr ca. 10 Zentren geschaffen werden.

Der Vorsitzende: Die Leute im Ausland auszuscheiden und zu betreuen braucht Zeit; man denke nur schon an die Verhandlungen

mit der betreffenden Regierung. Wenn die ersten Flüchtlinge schon Ende Juli eintreffen sollen, langt die Zeit nicht.

Herr Dr. Fleury: Die Pest wird übertragen durch Ratten und kann heute mit Antibiotika bekämpft werden. Die Inkubationszeit beträgt sechs Tage, ebenfalls die Quarantäne. Es ist möglich, Prophylaxe mit chemischen Mitteln zu machen. Gut wäre auch, die Ratten und ihre Flöhe zu vernichten. Das Bundesamt für Gesundheitswesen wird die Angelegenheit nächste Woche besprechen, wenn die Equipe der Weltgesundheitsorganisation aus Malaysia zurück ist, die an Ort und Stelle abklärt. Bis dahin wird man auch wissen, ob die Pest tatsächlich existiert. Gegen Panik muss angekämpft werden. Wichtig ist die Desinfektion in Buchs; dort kann festgestellt werden, ob es tatsächlich Leute in der Gruppe hat, die an Pest erkrankt sind. In St. Gallen hat es ein spezielles Labor für Tropenkrankheiten; dieses erklärte sich in Zusammenarbeit mit dem Kantonsarzt bereit, Untersuchungen vorzunehmen. Die Situation ist nicht tragisch. Es handelt sich um eine Krankheit wie um eine andere.

Herr Pfarrer Schaffert: Das Wort "Pest" sollte in keiner Pressemitteilung und im Protokoll nicht erscheinen.

Der Vorsitzende: Das Schweizervolk hat ein Recht darauf, orientiert zu werden, nachdem in den Zeitungen schon zu lesen war, in den Lagern sei die Pest ausgebrochen. Vor allem muss gesagt werden, dass die Krankheit bekämpft werden kann. Aufgrund von Zusicherungen der Vertreter des Bundesamtes für Gesundheitswesen hält der Vorsitzende fest, dass in Buchs im bisherigen Rahmen die sanitärischen Untersuchungen möglich sind.

Herr Direktor Kissling beantwortet die Frage, in welchem Rhythmus die Einreisen erfolgen können, wie folgt: In einer Woche

sollte eine Auswahldelegation verreisen, dann könnte die erste Gruppe anfangs August kommen. In den Ausreiseländern werden Transitlager unter Führung des Roten Kreuzes errichtet. Von dort aus sollen dann nach Absprache mit Regierung und HCR regelmässige wöchentliche Ausreisen erfolgen. Die Familienzusammenführungen sind nicht in Frage gestellt.

Herr Chapatte: Caritas ist gemäss Listen bereit, schon Ende Juli 200 bis 300 Personen aufzunehmen. Es handelt sich dabei auch um Familienzusammenführungen im weitesten Sinne. Die folgenden Gruppen könnten dann durch die Auswahlkommission bestimmt werden. Herr Cunz wünscht im Namen von SAH und CFD, dass die Auswahlkommission auch Kambodschaner berücksichtigt, die sich in Lager in Thailand aufhalten.

Herr Alder schlägt Koordination vor mit Personen auf der Liste. Diese sind aber in Sicherheit. Es fragt sich, ob sie nicht zugunsten der im Moment besonders Gefährdeten zurückgestellt werden sollten.

Der Vorsitzende macht eine Zusammenfassung über den Stand der Beratungen: Dem Wunsch nach Berücksichtigung von Kambodschanern soll Rechnung getragen werden. Die Entsendung von geeigneten Leuten nach Thailand und Malaysia wird als unbedingt notwendig erachtet. Das Rote Kreuz gibt die Zusicherung, solche Auswahl-lager zu leiten. Diese Aktion kann verhältnismässig kurzfristig eingeleitet werden. Die vorgesehen 1'350 Personen (ohne Familienzusammenführungen) sollen noch im Verlaufe von 1979 in die Schweiz transportiert werden. Ueber die Aufnahme weiterer Gruppen müsste in nicht allzu ferner Zeit entschieden werden. Gemäss Direktor Kissling gilt die Zahl von 5'000 als Richtlinie; eingeschlossen sind alle, die jetzt kommen und die Familienzusammenführungen. Auch die kleinen Hilfswerke schliessen sich an. Die Zahl von 5'000 soll nicht an die Öffentlichkeit gelangen; es ist nicht zu erwarten, dass der Bundesrat

einen solchen Beschluss fasst. Bei den auf der Liste figurierenden Personen handelt es sich nicht nur um Familienangehörige; es hat auch Onkel, Tanten, Neffen etc. darunter. Diese sollen an zweiter Stelle kommen. Die Menschen in Gefahr werden zuerst berücksichtigt.

Herr Gemperli: Alle sind in Gefahr, auch diejenigen auf der Liste. Diese könnten wir sofort kommen lassen. Es bestehen schon Transitlager in Kuala Lumpur, da alle Flüge nach der Schweiz von dort aus erfolgen.

Herr Chapatte: Wichtig ist die Orientierung der betreffenden Regierung durch das HCR. Wenn die Lager entlastet werden, können eventuell neue Flüchtlinge aufgenommen werden. Die Schweiz kann zwar die Haltung der thailändischen und malaysischen Behörden nicht entscheidend beeinflussen.

Herr Direktor Kissling: Die Hilfswerke möchten eine Delegation entsenden, die gleich zusammengestellt ist wie die letzte; zusätzlich soll ein Vertreter des Roten Kreuzes teilnehmen.

Herr Direktor Schürch stellt fest, dass alle Hilfswerke mit der Entsendung einer Delegation einverstanden sind. Herr Bundesrat Furgler muss dazu noch begrüsst werden. Es ist möglich, dass auch ein Vertreter des Bundes teilnimmt. Wenn diese Auswahlkommission Familien aufnimmt, dann soll sie den ganzen "Clan" berücksichtigen. An Einzelaufnahmen aus Vietnam direkt soll weiterhin festgehalten werden. Es werden 10 Zentren von allen Hilfswerken zusammen geführt, d.h. vier kleine Hilfswerke führen z.B. zwei Zentren; es erfolgt eine Absprache unter den Hilfswerken. Die Einreisen sollen ab Juli wöchentlich erfolgen mit Gruppen von 50 bis 100 Flüchtlingen. Das Bundesamt für Gesundheitswesen klärt zusammen mit Herrn Gemperli das Vorgehen beim Grenzsanitätsdienst ab.

Der Vorsitzende: Wir erhalten immer wieder Briefe mit dem Hinweis, in Malaysia habe es 800 Waisenkinder oder alleinstehende Kinder. Wie stellen sich die Hilfswerke zu dieser Frage? Wir haben bisher immer geantwortet, unseres Wissens habe es keine solchen Kinder. Für den Fall, dass es doch zutrifft, wäre es denkbar, dass im Rahmen unserer Aktion auch "Terre de hommes" mitwirken und Kinder in Schweizerfamilien gegeben würden?

Herr Cunz ist dafür, dass solche Kinder in Familien ihrer eigenen Nation untergebracht und nicht zur Adoption freigegeben werden.

Herr Alder: Bei genauer Information erhält man die Antwort, es habe keine alleinstehenden Kinder in den Lagern, alle gehörten einem Familienverband an.

Herr Wenger: Herr Kaiser, Terre des hommes, hat im Sinn, solche Kinder in der Schweiz in einem kollektiv geführten Heim unterzubringen und er möchte, dass man sich für die Aufnahme solcher Einzelkinder einsetzt, wenn sie in keine Familie gehören oder gar Waisen sind.

Herr Dr. Grob würde eine Aufnahme durch eine Schweizerfamilie vorziehen. Es gibt viele, die mit grosser Hingabe solche Kinder adoptieren würden.

Es wird beschlossen, Offerten für die Aufnahme solcher Kinder bei der ZS zu sammeln und zu registrieren. Jeder Fall soll einzeln geprüft werden. Eine Plazierung in der Nähe von Landsleuten ist vorzuziehen. Gesuchstellern soll zurückhaltend geantwortet werden in dem Sinne, wir würden später nötigenfalls auf ihr Angebot zurückkommen; es sei fraglich, ob Kinder zur Verfügung stehen.

Der Vorsitzende gibt Kenntnis von einem Telefon von Polizeidirektor Frick, Stadtrat Zürich. Danach ist die Stadt Zürich

bereit, eine Gruppe von 50 bis 200 Flüchtlingen in ihre Betreuung zu nehmen, wahrscheinlich mit hundertprozentiger Kostendeckung. Es wird beschlossen, dass HEKS und SAH zusammen die Beratung der zuständigen Personen der Stadt Zürich übernehmen. Herrn Frick kann mitgeteilt werden, er könne sich an Herrn Alder oder Fräulein Oettiker wenden.

Weiter bittet der Vorsitzende alle Hilfswerke, die Kantone und Gemeinden über alle Unternehmungen wie Zentren, Aufnahme von Gruppen etc. zu orientieren. Unsererseits wird dies durch ein Kreisschreiben ebenfalls geschehen.

Herr Direktor Schürch gibt Kenntnis von einem Anruf der Migros Genossenschaft; sie möchte auch eine Aktion machen, wisse aber noch nicht, in welchem Rahmen. Der Sprechende hat den Anrufer gebeten, sich an ein Hilfswerk zu wenden und die Hilfeleistung in Verbindung mit diesem zu tun. Er betont, dass alle solchen Angebote angenommen werden sollen. Zur Kostenverteilung führt der Vorsitzende aus, diese sollte gleich bleiben wie bisher. Es bleibt noch die Verteilung der Gelder der Glückskette und das Sammelergebnis der ZS abzuwarten.

Herr Haab teilt dazu mit, das Ergebnis liege wesentlich höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Er ist überzeugt, dass die laufende Sammlung mehr einbringen wird. Der Sprechende bittet in diesem Zusammenhang, die Information über laufende Aktionen mehr zu koordinieren. Die Pressestellen sollten vermehrt mit der Zentralstelle zusammenarbeiten.

Herr Direktor Schürch schliesst die Sitzung um 11.45 Uhr mit dem besten Dank für die rege Beteiligung und für die Arbeit, die jetzt zu tun bleibt. Wir müssen aufpassen, dass nicht Fronten geschaffen werden; Zusammenarbeit ist wichtig. Ich bitte Sie, mit uns und unseren Mitarbeitern in enger Verbindung zu bleiben.

Für das Protokoll:

*Uwejs-Muembell*